

**Sitzung des Gemeinderates vom 17.12.2019, um 20.00 Uhr, im Versammlungsraum der Notdienstzentrale in
BÜLLINGEN.**

- Anwesend: WIRTZ - Bürgermeister – Vorsitzender;
REUTER, SCHMITT und JOST Viviane – Schöffen;
MIESEN (ab Tagesordnungspunkt 15), ADAMS, STOFFELS, JOST Anita, BRÜLS, HOFFMANN,
MARÉCHAL, RAUW Manfred, POTHEN, JOST Angelika, JOSTEN, RAUW Vanessa –
Ratsmitglieder;
KEIFENS – Generaldirektorin;
- Entschuldigt: HAEP – Ratsmitglied.

T A G E S O R D N U N G

Ö F F E N T L I C H E S I T Z U N G :

- Punkt 1. Annahme des Protokolls der Sitzung vom 25.11.2019

GEMEINDEEIGENTUM

- Punkt 2. Veräußerung einer Parzelle in BÜLLINGEN an Herrn Albert GENTEN aus BÜLLINGEN

WEGEWESEN

- Punkt 3. Unterhaltsarbeiten 2020 an den Gemeindewegen: Los 1 – Teerungen und Los 2 – Teermakadam:
Annahme der Lastenhefte, der Leistungsbeschreibungen und der Kostenschätzungen sowie
Festlegung der Vergabeart der Arbeiten

WASSERVERSORGUNG

- Punkt 4. Verlängerung des Ergänzungsvertrages zum Wasserlieferungsvertrag mit dem Wasserverband
OLEFTAL

ÖFFENTLICHE BELEUCHTUNG

- Punkt 5. ORES Assets: Genehmigung des Rahmenvertrages zur Auswechslung des kommunalen öffentlichen
Beleuchtungsparks im Hinblick auf seine Modernisierung

ARBEITEN

- Punkt 6. Erneuerung der Elektroinstallation in der Schule und in der Sporthalle MANDERFELD: Annahme
des Lastenheftes mit Leistungsbeschreibung und Kostenschätzung, Beantragung von Zuschüssen
sowie Festlegung der Vergabeart der Arbeiten

FORSTWESEN

- Punkt 7. Forstkulturpläne 2020 des Forstamtes BÜLLINGEN: Annahme
- Punkt 8. PEFC-Zertifizierung des Gemeindewaldes: Annahme des Aktionsplans

GEMEINDEPERSONAL

- Punkt 9. Festlegung einer Prämie für Betriebszugehörigkeit

FRIEDHÖFE

- Punkt 10. Festlegung der Friedhofsverordnung

FINANZEN

- Punkt 11. HILFELEISTUNGSZONE DG: Finanzielle Beteiligung der Gemeinde BÜLLINGEN für die Jahre 2019
und 2020 an der Einrichtung einer provinziellen Einsatzleitstelle (deutschsprachige Disponenten)
- Punkt 12. HILFELEISTUNGSZONE DG: Festlegung der Dotation der Gemeinde BÜLLINGEN für das
Haushaltsjahr 2020

- Punkt 13. POLIZEIZONE EIFEL: Festlegung der Dotation der Gemeinde BÜLLINGEN für das Haushaltsjahr 2020
- Punkt 14. Haushaltsplan 2020 des ÖSHZ BÜLLINGEN: Billigung
- Punkt 15. Haushaltsplan 2020 der Gemeinde BÜLLINGEN: Verabschiedung

FRAGEN

- Punkt 16. Fragen der Ratsmitglieder an das Gemeindegremium

Punkt 1. Annahme des Protokolls der Sitzung vom 25.11.2019 (D.K.Nr. 504.6)

DER RAT;

Aufgrund der Artikel 48 ff. seiner am 27.03.2019 verabschiedeten Geschäftsordnung;

In Erwägung, dass das vollständige Protokoll der Sitzung vom 25.11.2019 auf der webbasierten Plattform des Rates zur Verfügung steht und dass keine Bemerkungen zu diesem Protokoll vorgetragen wurden;

Aufgrund des Artikels 24 §2 des Gemeindedekrets vom 23.04.2018;

NIMMT den Wortlaut des Protokolls der Gemeinderatssitzung vom 25.11.2019 **AN**, welches anschließend vom vorsitzenden Bürgermeister und von der Generaldirektorin unterzeichnet wird.

GEMEINDEEIGENTUM

Punkt 2. Veräußerung einer Parzelle in BÜLLINGEN an Herrn Albert GENTEN aus BÜLLINGEN (D.K.Nr. 506.122)

DER RAT;

In Erwägung, dass im Jahre 2000 eine Immobilienakte für die Veräußerung eines Wegeabsplices an Herrn Albert GENTEN-FRAUENKRON, wohnhaft in 4760 BÜLLINGEN, Malmedyer Straße 55 gestartet wurde; dass diese Akte jedoch nie zum Abschluss gebracht wurde;

In Erwägung, dass Herr Albert GENTEN durch mündliche Anfrage vom 15.07.2019 gebeten hat, diese Immobilienangelegenheit wieder neu zu starten;

In Erwägung, dass es sich jetzt nicht mehr um einen Wegeabsplice, sondern um die eigenständige Gemeindeparzelle Gemarkung 1, Flur C, Nr. 233/02 (groß: 5,13 Ar), gelegen „Zur Bannmühle“ handelt und dass diese Parzelle sich in einem Wohngebiet mit ländlichem Charakter befindet;

In Erwägung, dass Herr Albert GENTEN Eigentümer der angrenzenden Parzelle Gemarkung 1, Flur C, Nr. 233b ist;

In Erwägung, dass diese Parzelle aufgrund ihrer Lage und ihrer Form für die Gemeinde keinen wirtschaftlichen Nutzen hat;

Nach Durchsicht nachstehender Unterlagen:

1. Bericht über die Geländeexpertise des Immobilienerwerbskomitees vom 10.10.2019, in welchem der Preis pro m² auf 50,00 € abgeschätzt wurde;
2. Einverständniserklärung von Herrn Albert GENTEN vom 06.11.2019;
3. Katasterplan und -mutterrolle;
4. Lageplan;

Auf Vorschlag des Kollegiums;

Aufgrund der Artikel 6 und 35 des Gemeindedekretes vom 23.04.2018;

BESCHLIESST einstimmig:

Artikel 1. Die Gemeindeparzelle gelegen in BÜLLINGEN, Gemarkung 1, Flur C, 233/02, mit einer Gesamtgröße von 513 m², wird durch freihändigen Verkauf an Herrn Albert GENTEN, wohnhaft in 4760 BÜLLINGEN, Malmedyer Straße 55, zum Gesamtpreis in Höhe von 25.650,00 € veräußert;

Artikel 2. Sämtliche Kosten dieses Immobiliengeschäftes sind zu Lasten des Ankäufers.

WEGEWESEN

Punkt 3. Unterhaltsarbeiten 2020 an den Gemeindewegen: Los 1 – Teerungen und Los 2 – Teermakadam: Annahme der Lastenhefte, der Leistungsbeschreibungen und der Kostenschätzungen sowie Festlegung der Vergabeart der Arbeiten (D.K.Nr. 802.6:865.11)

DER RAT;

Nach Durchsicht der Lastenhefte und Leistungsbeschreibungen der Unterhaltsarbeiten 2020 der Gemeinde- und Waldwege;

In Erwägung, dass die Vereinigte Kommission am 26.10.2019 die auszubessernden Wegeteilstücke besichtigt hat;

Nach Durchsicht der Kostenschätzungen;

Auf Vorschlag des Kollegiums;

Aufgrund des Gesetzes vom 17.06.2016 über öffentliche Aufträge;

Aufgrund des Gesetzes vom 17.06.2013 über die Begründung, die Unterrichtung und die Rechtsmittel im Bereich der öffentlichen Aufträge;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 18.04.2017 über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen in den klassischen Bereichen;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 14.01.2013 über die Festlegung der allgemeinen Bestimmungen für die Ausführung von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen von öffentlichen Bauaufträgen, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 22.06.2017;

Aufgrund des günstigen Gutachtens des Regionaleinnehmers vom 13.12.2019;

Aufgrund der Artikel 35 und 151 des Gemeindedekretes vom 23.04.2018;

BESCHLIESST einstimmig:

Artikel 1. Die vorliegenden Lastenhefte mit Leistungsbeschreibung für Los 1 (Teerungen) und Los 2 (Teermakadam) der Unterhaltsarbeiten 2020 an den Gemeindewegen mit einer Kostenschätzung in Höhe von circa 90.500,00 € (einschl. 21 % MwSt.) für das Los 1 (Teerungen) sowie circa 356.500,00 € (einschl. 21 % MwSt.) für Los 2 wird gutgeheißen;

Artikel 2. Als Vergabeart wird das vereinfachte Verhandlungsverfahren mit Bekanntmachung festgelegt;

Artikel 3. Das Kollegium wird mit der Ausführung des Beschlusses beauftragt.

WASSERVERSORGUNG

Punkt 4. Verlängerung des Ergänzungsvertrages zum Wasserlieferungsvertrag mit dem Wasserverband OLEFTAL (D.K.Nr. 830.2)

DER RAT;

In Erwägung, dass das Trinkwassernetz der Gemeinde BÜLLINGEN mit dem Netz des Wasserverbandes OLEFTAL (kurz WVO) verbunden ist;

In Erwägung, dass der Wasserverband OLEFTAL der einzige Wasserproduzent ist, der Übergabepunkte mit dem Leitungsnetz der Gemeinde BÜLLINGEN unterhält und zudem in der Lage ist, die erforderliche Wassermenge zu fördern;

Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 27.03.2014 über den Abschluss eines Wasserlieferungsvertrags mit dem Wasserzweckverband OLEFTAL mit einem Lieferumfang von maximal 20 m³/h;

Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 08.07.2015 über den Abschluss eines zeitlich befristeten Ergänzungsvertrags mit dem Wasserverband OLEFTAL mit einem Lieferumfang von maximal 5 m³/h;

In Erwägung, dass der zeitlich befristete Ergänzungsvertrag zum 31.12.2019 ausläuft;

In Erwägung, dass eine Erneuerung des Ergänzungsvertrags erforderlich ist um die Versorgungssicherheit sicherzustellen;

In Erwägung, dass der Wasserverband OLEFTAL vorschlägt, den Zusatzvertrag zu den gleichen Bedingungen bis zum 31.12.2021 zu verlängern;

In Erwägung, dass die Kosten bei maximaler Liefermenge wie folgt zu Buche schlagen (auf Preisbasis vom 01.01.2014): Grundpreis: 18.329,00 € und Arbeitspreis (gemäß Wasserliefervertrag) bei maximaler Liefermenge: 17.830,98 € (0,4071 €/m³);

Aufgrund des Gesetzes vom 17.06.2016 über öffentliche Aufträge, insbesondere Titel 3, Artikel 124 §1 4° b ;

Nach Durchsicht des Vertragsentwurfs;

Auf Vorschlag des Kollegiums;

Aufgrund des günstigen Gutachtens des Regionaleinnehmers vom 13.12.2019;

Aufgrund der Artikel 35 und 151 des Gemeindedekrets vom 23.04.2018;

BESCHLIESST einstimmig:

Artikel 1. Die Verlängerung des befristeten Ergänzungsvertrags mit dem Wasserverband OLEFTAL, welcher integrierender Bestandteil gegenwärtigen Beschlusses ist, wird gutgeheißen;

Artikel 2. Das Kollegium wird mit der Ausführung des Beschlusses beauftragt.

ÖFFENTLICHE BELEUCHTUNG

Punkt 5. ORES Assets: Genehmigung des Rahmenvertrages zur Auswechslung des kommunalen öffentlichen Beleuchtungsparks im Hinblick auf seine Modernisierung (D.K.Nr. 815)

DER RAT;

Aufgrund des Artikels 35 des Gemeindedekretes vom 23.04.2018;

Aufgrund des Dekrets vom 12.04.2001 über die Organisation des regionalen Elektrizitätsmarktes, insbesondere Artikel 11, Absatz 2, 6 und 34, 7;

Aufgrund des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 06.11.2008 über die den Verteilernetzbetreibern auferlegte Gemeinwohlverpflichtung im Bereich der Wartung und der Verbesserung der Energieeffizienz der öffentlichen Beleuchtungsanlagen, abgeändert durch den Erlass vom 14.09.2017;

In Erwägung, dass der o.g. Erlass vorsieht, dass die Verteilernetzbetreiber ein Programm zur Auswechslung der Beleuchtungskörper der kommunalen öffentlichen Beleuchtung durch Energiesparlampen (LED) bis 2029 vorlegen müssen;

In Erwägung, dass die Auswechslung der Beleuchtungskörper zu erheblichen Energieeinsparungen führt;

Aufgrund des Gesetzes vom 17.06.2016 über die öffentlichen Aufträge, insbesondere Artikel 29;

In Erwägung, dass das Gesetz vom 17.06.2016 gemäß Artikel 29 nicht für öffentliche Aufträge gilt, die von einem öffentlichen Auftraggeber an einen anderen öffentlichen Auftraggeber oder einen Verband von öffentlichen Auftraggebern aufgrund eines ausschließlichen Rechts vergeben werden, die aufgrund entsprechender Gesetzesbestimmungen, Verordnungs- oder Verwaltungsbefugnisse innehaben;

In Erwägung, dass dies der Fall ist für ORES ASSETS, da im Dekret vom 12.04.2001, Artikel 11, 6 und 35, 7 und im Erlass der Wallonischen Regierung vom 06.11.2008, Artikel 3 festgelegt ist, dass die Verteilernetzbetreiber im Rahmen der Gemeinwohlverpflichtung einen Wartungsdienst für die öffentliche Beleuchtung anbieten müssen;

In Erwägung, dass die Gemeinde der Interkommunale ORES ASSETS angeschlossen ist und diese als Verteilernetzbetreiber auf dem Gebiet der Gemeinde BÜLLINGEN tätig ist;

Aufgrund des günstigen Gutachtens des Regionaleinnehmers vom 13.12.2019;

Auf Vorschlag des Kollegiums;

BESCHLIESST einstimmig:

Artikel 1. Der Rahmenvertrag mit ORES Assets zur Auswechslung des kommunalen öffentlichen Beleuchtungsparks im Hinblick auf seine Modernisierung, welcher integrierender Bestandteil dieses Beschlusses ist, wird genehmigt;

Artikel 2. Die Umsetzung erfolgt gemäß dem Umsetzungsplan ELUMIN, der integrierender Bestandteil dieses Beschlusses ist, in den Jahren 2020, 2021 und 2022;

Artikel 3. Die Zahlung erfolgt nach Abschluss der Auswechslarbeiten (Fall 1). Auf den Vorfinanzierungsmechanismus durch ORES ASSETS (Fall 2) wird verzichtet;

Artikel 4. Der Beschluss wird der Interkommunalen ORES Assets und dem für die Gemeinde BÜLLINGEN zuständigen Regionaleinnehmer zugestellt;

Artikel 5. Das Kollegium wird mit der Ausführung des Beschlusses beauftragt.

ARBEITEN

Punkt 6. Erneuerung der Elektroinstallation in der Schule und in der Sporthalle MANDERFELD: Annahme des Lastenheftes mit Leistungsbeschreibung und Kostenschätzung, Beantragung von Zuschüssen sowie Festlegung der Vergabeart der Arbeiten (D.K.Nr. 802.6:571.201)

DER RAT;

Nach Durchsicht seines Prinzipbeschlusses vom 28.01.2019 über die Erneuerung der Elektroinstallation in der Schule und in der Sporthalle MANDERFELD;

Nach Durchsicht des durch das Ingenieurbüro JML LACASSE-MONFORT SRL ausgearbeiteten Lastenheftes mit Leistungsbeschreibung und einer Kostenschätzung in Höhe von circa € (einschl. 6 % MwSt.);

Aufgrund des Gesetzes vom 17.06.2016 über öffentliche Aufträge;

Aufgrund des Gesetzes vom 17.06.2013 über die Begründung, die Unterrichtung und die Rechtsmittel im Bereich der öffentlichen Aufträge;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 18.04.2017 über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen in den klassischen Bereichen;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 14.01.2013 über die Festlegung der allgemeinen Bestimmungen für die Ausführung von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen von öffentlichen Bauaufträgen, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 22.06.2017;

Aufgrund der Artikel 35 und 151 des Gemeindedekretes vom 23.04.2018;

Aufgrund des bedingt günstigen Gutachtens des Regionaleinnehmers vom 13.12.2019;

In Erwägung, dass die erforderlichen Ausgabenkredite bei der ersten Haushaltsanpassung 2020 zu berücksichtigen sind;

Auf Vorschlag des Kollegiums;

BESCHLIESST einstimmig;

Artikel 1. Das der Tagesordnung beigefügte Lastenheft mit Leistungsbeschreibung und Kostenschätzung in Höhe von circa 111.200,00 € (einschl. 6 % MwSt.) zur Erneuerung der Elektroinstallation in der Schule und in der Sporthalle MANDERFELD wird gutgeheißen;

Artikel 2. Als Vergabeart wird das vereinfachte Verhandlungsverfahren ohne Bekanntmachung festgelegt;

Artikel 3. Für dieses Infrastrukturvorhaben ist eine Bezuschussung bei der Deutschsprachigen Gemeinschaft und ein UREBA Zuschuss bei der Wallonischen Region zu beantragen;

Artikel 4. Das Kollegium wird mit der Ausführung des Beschlusses beauftragt.

FORSTWESEN

Punkt 7. Forstkulturpläne 2020 des Forstamtes BÜLLINGEN: Annahme (D.K.Nr. 863.3)

DER RAT;

Nach Durchsicht der durch das Forstamt Büllingen erstellten Forstkulturpläne für die Forstarbeiten des Wirtschaftsjahres 2020;

Aufgrund des Gesetzes vom 17.06.2016 über öffentliche Aufträge;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 18.04.2017 über die Vergabe öffentlicher Aufträge in den klassischen Bereichen;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 14.01.2013 zur Festlegung der allgemeinen Bestimmungen für die Ausführung von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen von öffentlichen Bauaufträgen;

Aufgrund der Artikel 35 und 151 des Gemeindedekretes vom 23.04.2018;

Aufgrund des günstigen Gutachtens des Regionaleinnehmers vom 13.12.2019;

BESCHLIESST einstimmig:

die in den Forstkulturplänen aufgeführten Anschaffungen und Arbeiten (Material und Lohn) des Wirtschaftsjahres 2020 gutzuheißen und den Leiter des Forstamtes BÜLLINGEN mit der Ausführung unter Berücksichtigung der vom Gemeindegremium festgelegten Richtlinien und der Gesetzgebung über das öffentliche Auftragswesen zu beauftragen. Der Gesamtbetrag des Forsthaushaltes des Forstamtes BÜLLINGEN für das Jahr 2020 beläuft sich auf 242.362,50 €.

Punkt 8. PEFC-Zertifizierung des Gemeindewaldes: Annahme des Aktionsplans (D.K.Nr. 863.3)

DER RAT;

Aufgrund von Artikel 35 des Gemeindedekretes vom 23.04.2018;

Aufgrund seiner Beschlüsse vom 02.07.2008 und 27.03.2014 über die Annahme der PEFC-Charta hinsichtlich einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Gemeindewälder;

In Erwägung, dass die Gemeinde Büllingen sich durch die Annahme der Charta für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung verpflichtet, bei der ökologische, soziale und ökonomische Aspekte berücksichtigt werden müssen im Hinblick auf die Bewahrung des Waldes für die nächste Generation;

In Erwägung, dass am 23.05.2019 ein Audit unserer Gemeindewälder durch die Abteilung Natur und Forstwesen des SPW, Avenue Prince de Liège 15 in 5100 Namur stattgefunden hat;

Nach Durchsicht des Auditberichtes des SPW, Abteilung Natur und Forstwesen, vom 20.06.2019, der den Ratsmitgliedern am 16.07.2019 auf digitalem Weg zugestellt wurde;

In Erwägung, dass der Auditbericht vom 20.06.2019 die Auflage enthält bis zum 31.12.2019 einen durch den Gemeinderat verabschiedeten Aktionsplan zur Verbesserung des Wald-Wild-Gleichgewichts einzureichen, bevor über die Verlängerung oder Aberkennung des PEFC-Zertifikates für die Gemeindewälder entschieden wird;

In Erwägung, dass die Nachbargemeinde Amel sich nach dem dortigen Audit in einer ähnlichen Situation befindet;

In Erwägung, dass umfangreiche Waldflächen beider Gemeinden unmittelbar aneinandergrenzen und es deshalb sinnvoll ist, einen gemeinsamen Aktionsplan zur Verbesserung des Wald-Wild-Gleichgewichtes zu erstellen;

In Erwägung, dass am 15.10.2019 eine Sitzung der Vereinigten Kommission stattgefunden hat, bei der dieses Thema anhand einer Power-Point-Präsentation, die allen Ratsmitgliedern am 16.10.2019 auf digitalem Weg zugestellt wurde, durch den Leiter des Forstamtes Büllingen erklärt wurde;

Nach Durchsicht des Protokolls der Vereinigten Kommissionssitzung vom 15.10.2019, das den Ratsmitgliedern am 31.10.2019 auf digitalem Weg zugestellt wurde;

Auf Vorschlag des Kollegiums;

BESCHLIESST einstimmig:

Artikel 1. Der nachstehende Aktionsplan zur Verbesserung des Wald-Wild-Gleichgewichtes wird angenommen:

Aktionsplan für PEFC Wald-Wild-Gleichgewicht

1. Vorbemerkung

Die Gemeinden Büllingen und Amel besitzen umfangreiche Waldflächen (insgesamt rund 7.750 Ha), die zum Teil unmittelbar aneinander grenzen und die einen großen zusammenhängenden Lebensraum für Schalenwild und insbesondere für das Rotwild bilden. Angesichts der Lebensweise dieser Wildart und der seit vielen Jahren großflächig auftretenden Wildschäden, haben die beiden Gemeinden beschlossen einen gemeinsamen Aktionsplan zur Verbesserung, Optimierung und zum langfristigen Erhalt eines Wald-Wild-Gleichgewichtes festzulegen.

Beide Waldeigentümer haben die gleichen, auf jeweils ihre Gemeinde anwendbaren jagdlichen Ziele und Regelungen vereinbart, die nachfolgend zusammengefasst sind:

2. Beschreibung des angestrebten Wald-Wild-Gleichgewichts

Die Jagdausübung in den Waldungen der Gemeinde soll das Ziel verfolgen, das Gleichgewicht zwischen den Wildtieren und ihrem Lebensraum zu verbessern beziehungsweise zu erhalten. Insbesondere die Schalenwildbestände (Rotwild, Rehwild, Schwarzwild) sind den ökonomischen und ökologischen Zielen der Gemeinde anzupassen.

Die Gemeinde Büllingen verfolgt nachstehende wald- und jagdrelevanten Ziele:

Die im Gemeinewald angestrebte Rot- und Rehwildichte soll die Verjüngung und das ungehinderte Wachstum der wichtigsten Wirtschaftsbaumarten **Fichte, Buche, Douglasie, Lärche, Tsuga** ermöglichen, ohne dass zusätzlich Schutzmaßnahmen ergriffen werden müssen. Die angestrebte Rot- und Rehwildichte soll darüber hinaus in sämtlichen Teilen des Gemeinewaldes ein Aufkommen von Nebengehölzen wie Vogelbeere, Weide und Birke ermöglichen.

Um Vermögensverluste durch Wildschältschäden zu vermeiden, ist die Bejagung des Rot- und Rehwildes auf einen Grenzwert hinsichtlich der tolerierten Schäden auszurichten, welche jährlich durch das zuständige Forstamt ermittelt werden.

Ab 2021 sind binnen 3 Jahren die jährlichen, frischen Schältschäden durch Rotwild im Gemeinewald auf 3% herabzusenken, beziehungsweise zu begrenzen. Bis 2027 wird ein maximaler Schältschadenprozentsatz von 2% angestrebt.

Die jährlichen, frischen Verbissschäden durch Rot- und Rehwild an den Baumarten Fichte, Buche, Lärche, Douglasie, Tsuga sind auf maximal 10 % herabzusenken, bei gleichzeitigem Verzicht auf Verbissschutzmaßnahmen. Bis 2027 wird für die vorgenannten Baumarten ein maximaler Verbisssprozentsatz unter 5% angestrebt.

Das Schwarzwild ist intensiv zu bejagen, damit Schäden auf landwirtschaftlich genutzten Flächen weitestgehend vermieden werden.

Die Jagd soll für die Wildtiere mit möglichst wenig Beunruhigung und Jagddruck verbunden sein, wodurch sie ihren Lebensraum besser nutzen können und Wildschäden reduziert werden. Aus diesem Grund soll die Jagdausübung effektiv sein und zu einer frühzeitigen Erfüllung der Abschussziele führen.

3. Lösungsansätze und Arbeitsprogramm

3.1. Identifizierung der direkten Mittel zur Bekämpfung der Gründe für das Ungleichgewicht

- Die Rot- und Rehwildbestände werden regelmäßig (jährlich) erfasst. Hierzu werden nächtliche Scheinwerferzählungen durchgeführt, Abschusszahlen analysiert, Wildschäden erfasst und die Vegetation von Weiserflächen begutachtet, um feststellen zu können, ob sich die Situation des Gemeinewaldes in die gewünschte, beziehungsweise erforderliche Richtung entwickelt;
- Für Rot- und Rehwild werden seitens der Gemeinde in Abstimmung mit dem zuständigen Forstamt jährlich Abschussziele festgelegt, die sich nach den ökologischen und ökonomischen Zielen der Gemeinde richten. Es besteht das ständige Bestreben, das bestmögliche, beziehungsweise höchstmögliche Abschussergebnis zu erzielen;
- Die Gemeinde reserviert sich gegenüber den Jagdpächtern das Recht, den gesetzlichen Abschussplan für Rotwild selbst bei den zuständigen Instanzen zu beantragen;
- Die Gemeinde behält sich das vollständige Jagdrecht in den Hauptschadensgebieten des Gemeinewaldes in ROCHERATH (aktuelle Jagdlose 1 und 2 = 970 Ha) vor und führt dort ein Regiejagdsystem am Beispiel der Lizenzjagden in der Gemeinde BÜTGENBACH und im Staatswald ein;
- In den Jagdlosen, die innerhalb oder am Rand eines größeren Gemeinde- oder Staatswaldgebietes liegen (aktuelle Lose Nr. 3,5,6,7,8,11,12,13), wird das Jagdrecht verpachtet. Sollte das Abschussziel am Ende eines Jagdjahres nicht zu 100% erfüllt sein, reserviert sich die Gemeinde ab dem darauffolgenden Jahr ein Teiljagdrecht bis zum Ende der gesamten Pachtdauer, um selbst dafür Sorge zu tragen, dass die Abschussziele erreicht werden. In den vorgenannten Jagdlosen behält sich die Gemeinde ab dem ersten Montag nach Allerheiligen bis zum Ende der Jagdzeit auf die Wildarten Rot- und Rehwild das Recht vor, alleine in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Forstamt die Bewegungs- bzw. Drückjagden zu organisieren und zu leiten, inklusive der Bekanntgabe des zum Abschuss freigegebenen Wildes. Die

Jagdpächter der hiervon betroffenen Lose sind berechtigt bis zu 50% der teilnehmenden Jäger zu stellen, die übrigen beteiligten Jäger stellt die Gemeinde. Diese Jagden erfolgen grundsätzlich als revierübergreifende Ansitzdrückjagden. Für die Monate November und Dezember gilt: Während einer Frist von 10 Tagen vor einer durch den Waldeigentümer organisierten Jagd darf keine vom Jagdpächter organisierte Jagd und keine Begehung durch den Jagdpächter stattfinden.

- Grundsätzlich finden Bewegungsjagden auf Rot- und Rehwild nur revierübergreifend und als Ansitzdrückjagden nach den Vorgaben des Forstamtes statt, gegebenenfalls in Absprache mit der Nachbargemeinde Amel und/oder der wallonischen Region;
- In den kleineren (< 50 Ha) von größeren Waldgebieten abseits gelegenen Jagdlosen wird das Jagdrecht unter den Bedingungen verpachtet, dass sich die Jagdpächter an revierübergreifenden Jagden beteiligen ;
- Die Gemeinde behält sich das Recht vor, die Jagdpachtverträge mit den Jagdpächtern vorzeitig aufzukündigen, die wiederholt gegen die Bestimmungen des Lastenheftes verstoßen und somit gegen die Zielsetzung der Gemeinde;
- Anhand der jährlich dokumentierten Waldentwicklung befindet die Gemeinde nach 6 Jahren über die Weiterführung des neuen Jagdkonzeptes. Sollten die eingeführten Maßnahmen nicht zu dem erwünschten Ziel führen, werden in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Forstamt die Gründe hierfür ermittelt und geeignetere Mittel zur Behebung der Probleme in die Wege geleitet.

3.2. Identifizierung der indirekten Mittel zur Bekämpfung der Gründe für das Ungleichgewicht

- Die Gemeinde behält sich alle rechtlichen Schritte vor, um die Abschusszahlen, die sie zum Schutz des Gemeindewaldes als notwendig erachtet, bei den zuständigen Instanzen durchzusetzen;
- Die Gemeinde sorgt, falls erforderlich, für eine Verbesserung der Jagdinfrastruktur (Anlage von Schussschneisen, Äsungsflächen, Errichtung von Ansitz- und Drückjagdeinrichtungen, ...);
- Die Gemeinde verlangt von jedem im Gemeindewald jagenden Jäger den körperlichen Nachweis über die getätigten Abschüsse. Die Pächter von Jagdlosen mit Gemeinde- und Privatwaldanteilen sind verpflichtet, den körperlichen Abschussnachweis auch für die im Privatwald erlegten Tiere vorzuweisen;
- Bei Bedarf stimmt sich die Gemeinde mit benachbarten Waldeigentümern in Belgien und gegebenenfalls in Deutschland hinsichtlich der Herbeiführung und Erhaltung eines Wald-Wild-Gleichgewichtes ab.

3.3. Zeitplan

- Anhebung der Abschusszahlen (erste Anhebung für den Rotwildabschuss erfolgte im Frühjahr 2019);
- Beschluss des Gemeinderates über die Annahme und Umsetzung des PEFC-Aktionsplanes zum Wald-Wild-Gleichgewicht (Dezember 2019);
- Beschluss des Gemeinderates über die Bestimmungen für die Verpachtung des Jagdrechts in den Gemeindewaldungen ab 2021 (Termin: März/April 2020);
- Vorpächter erhalten die Gelegenheit, ihr bisheriges Jagdlos zu den neuen Pachtbedingungen zu übernehmen (Termin: Sommer 2020). Bei Ablehnung seitens eines oder mehrerer Pächter werden die betreffenden Lose neu abgegrenzt, bzw. aufgeteilt und neu angeboten;
- Umsetzung der Beschlüsse ab Juli 2021 – Einführung / Inkrafttreten des neuen Lastenheftes;
- Intensivierung der jagdlichen Bemühungen in den neu geschaffenen Regiejagdflächen und in den verpachteten Flächen, insbesondere durch Organisation und Durchführung von jagdlosübergreifenden Ansitzdrückjagden s.o. (Termin: ab 2021);
- Senkung der Rotwildschältschäden auf 3% bis 2024 – Senkung auf 2% bis 2027;
- Senkung der Verbisschäden auf 10% bis 2024 – Senkung auf 5% bis 2027;

Artikel 2. Das Forstamt BÜLLINGEN wird mit der Umsetzung des Aktionsplanes beauftragt, der als Basis zur Erstellung des Lastenheftes zur Jagdverpachtung ab dem Jahr 2021 dient;

Artikel 3. Das Lastenheft zur Jagdverpachtung ab dem Jahr 2021 wird im Sinne des vorliegenden Aktionsplanes erstellt;

Artikel 4. Gegenwärtiger Beschluss ist dem PEFC-Auditor bis spätestens 31.12.2019 zukommen zu lassen.

GEMEINDEPERSONAL

Punkt 9. Festlegung einer Prämie für Betriebszugehörigkeit (D.K.Nr. 321.4)

DER RAT;

Aufgrund des Gemeindedekrets vom 23.04.2018, Artikel 35;

In Erwägung, dass die Gemeinde BÜLLINGEN langjährigen Mitarbeiter für ihre Arbeit im Dienste der Gemeinde und des ÖSHZ danken möchte;

In Erwägung, dass dieser Dank allen Personalmitgliedern gilt, gleichwohl ob sie in der Raumpflege, in den Schulen, im Bauhof oder in der Verwaltung arbeiten;

Aufgrund des Rundschreibens CI.RH.241/608.543 vom 23.05.2011, in welchem dargelegt ist, dass auf Prämien für Betriebszugehörigkeit keine Sozialabgaben fällig werden, wenn es sich um Sachgeschenke oder Gutscheine handelt und diese maximal zweimal pro Berufslaufbahn ausgezahlt werden, wobei ein erstes Mal nach mindestens 25 Jahren Betriebszugehörigkeit und ein zweites Mal nach mindestens 35 Jahren Betriebszugehörigkeit;

Aufgrund des günstigen Gutachtens des Regionaleinnehmers vom 13.12.2019;

Auf Vorschlag des Kollegiums;

BESCHLIESST einstimmig:

Artikel 1. §1 Den Personalmitgliedern der Gemeinde und des ÖSHZ BÜLLINGEN wird für 25 Jahre Betriebszugehörigkeit eine Prämie von 600,00 € in Form von Einkaufsgutscheinen zzgl. eines Präsensts im Wert von circa 30,00 € zuteil;

§2 Den Personalmitgliedern der Gemeinde und des ÖSHZ BÜLLINGEN wird für 35 Jahre Betriebszugehörigkeit eine Prämie von 650,00 € in Form von Einkaufsgutscheinen zzgl. eines Präsensts im Wert von circa 30,00 € zuteil;

§3 Die in §1 und 2 erwähnten Prämien werden bei einer Beschäftigung von weniger als 0,5 Vollzeitäquivalenz halbiert;

Artikel 2. In den Genuss der Prämie und des Präsensts kommen die vertraglichen und statutarisch beschäftigten MitarbeiterInnen, die mindestens 0,25 VZÄ leisten und sich im aktiven Dienst befinden oder im Laufe des Vorjahres in den Vorruhestand oder Ruhestand versetzt wurden;

Artikel 3. Die Betriebszugehörigkeit wird zum 31.12. des Vorjahres ermittelt und wie folgt berechnet:

- Alle vollen Monate werden berücksichtigt, dabei ist es unerheblich ob diese aufeinanderfolgen oder nicht;
- Vollzeitige Beurlaubungsperioden (z.B. Laufbahnunterbrechungen) oder vollzeitige Dienstfreistellungsperioden werden nicht berücksichtigt, es sei denn es handelt sich um vollzeitige thematische Laufbahnunterbrechungen (Elternurlaub, Palliativpflege, medizinischer Beistand);
- Die Monate im Dienst anderer Schulträger oder Sonderaufträge, die nicht in gemeindeeigenen Einrichtungen ausgeführt werden, werden nicht berücksichtigt;
- Dienste in unterschiedlichen Ämtern werden kumuliert;

Artikel 4. Das Kollegium wird mit der Ausführung des Beschlusses beauftragt.

FRIEDHÖFE

Punkt 10. Festlegung der Friedhofsverordnung (D.K.Nr. 583.4)

DER RAT;

Aufgrund des Dekretes des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft über Bestattungen und Grabstätten vom 14.02.2011, insbesondere Artikel 6;

Aufgrund von Artikel 35 des Gemeindedekretes vom 23.04.2018;

Auf Vorschlag des Kollegiums;

BESCHLIESST einstimmig:

die Friedhofsverordnung vom 31.01.2013 aufzuheben und wie folgt zu ersetzen:

Kapitel I: Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1. Die auf dem Gebiet der Gemeinde Büllingen gelegenen Friedhöfe sind Eigentum der Gemeinde.

Es handelt sich um die Friedhöfe in Büllingen, Mürringen, Hünningen, Honsfeld, Rocherath, Wirtzfeld und Manderfeld.

Auf allen gemeindeeigenen Friedhöfen sind

- Reihengräber (Einzelgräber) und/oder Grabstätten (Doppel-, Dreier-, oder Vierergräber),
- Urnengräber,
- Kolumbarien und
- eine Rasenparzelle, die als Streuwiese dient,

eingerrichtet.

Die Friedhöfe dienen der Bestattung der sterblichen Überreste:

- der auf dem Gebiet der Gemeinde Büllingen verstorbenen oder tot aufgefundenen Personen, insofern sie im Bevölkerungs-, Ausländer- oder Warteregister der Gemeinde Büllingen eingetragen sind;
- der Personen, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort in der Gemeinde Büllingen haben und außerhalb der Gemeinde verstorben sind oder tot aufgefunden wurden, insofern sie im Bevölkerungs-, Ausländer- oder Warteregister der Gemeinde Büllingen eingetragen sind;
- der Personen, die ein Anrecht auf die Benutzung einer Grabstelle erworben haben (Konzession für ein Reihengrab, eine Grabstätte, eine Urnengrabstätte oder eine Zelle in einem Kolumbarium);
- der Personen, die außerhalb der Gemeinde wohnen aber den Wunsch geäußert haben in der Gemeinde Büllingen bestattet zu werden.

Artikel 2. Die Bestattung auf einem gemeindeeigenen Friedhof der sterblichen Überreste von

- Personen, die im Bevölkerungs-, Ausländer- oder Warteregister der Gemeinde Büllingen eingetragen sind und
- Personen, die vor der Abmeldung während 10 Jahren ohne Unterbrechung im Bevölkerungsregister der Gemeinde Büllingen eingetragen waren und welche bis zu ihrem Tod in einem anerkannten Alten- und Pflegeheim untergebracht und deshalb in einer anderen Gemeinde eingetragen wurden,

erfolgt kostenlos.

Unbeschadet der oben aufgeführten Bestimmungen, wird für alle anderen Bestattungen von Personen, sei es in einem Reihengrab, in einer Grabstätte, einer Nische im Kolumbarium, für den Platz einer Urne in einem Urnengrab oder die Verstreuung der Asche eine Gebühr erhoben.

Artikel 3. Personen, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort in der Gemeinde Büllingen haben und hier selbst versterben, können mit Genehmigung des betreffenden Bürgermeisters auf dem Friedhof einer anderen Gemeinde beigesetzt werden.

Die Überführung der in Büllingen verstorbenen Person oder der Asche zum Friedhof einer anderen Gemeinde unterliegt den allgemeinen Transportvorschriften.

Der Bürgermeister ordnet im gegebenen Fall die im Interesse der Hygiene erforderlichen Maßnahmen an.

Artikel 4. Der Friedhof kann bei zwingenden Gründen auf Beschluss des Gemeinderates oder der übergeordneten Behörde ganz oder teilweise geschlossen werden.

Im Falle einer Umbettung im Zuge der Verlegung des Friedhofs können die Nutznießer einer Grabstelle auf dem neuen Friedhof lediglich die kostenlose Überlassung eines Geländes für die verbleibende Dauer der Ruhefrist beanspruchen, das die gleichen Abmessungen wie das auf dem alten Friedhof eingeräumte Gelände hat.

Die Gemeinde kann nicht zur Zahlung irgendeiner Entschädigung verpflichtet werden, gleich aus welchem Grund es auch sei, namentlich nicht für den Abbruch und Wiederaufbau der Grabgewölbe und Denkmäler.

Artikel 5. Das Standesamt führt ein Friedhofsregister gemäß Artikel 6 des Dekretes des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft über Bestattungen und Grabstätten vom 14.02.2011.

Kapitel II: Formalitäten bzgl. Beisetzung/Einäscherung

Artikel 6. Die Todeserklärung erfolgt ohne Verzögerung beim Standesamt der Gemeinde Büllingen, wenn eine Person auf dem Gebiet der Gemeinde Büllingen gestorben oder tot aufgefunden wurde. Der Standesbeamte stellt die Sterbeurkunde nur auf Vorlage eines von einem Arzt ausgestellten Totenscheins auf.

Artikel 7. Bestattungen dürfen nur vorgenommen werden, nachdem der Standesbeamte eine Bestattungserlaubnis ausgestellt hat.

Artikel 8. Spätestens am darauffolgenden Arbeitstag, der einem Sterbefall folgt, muss dieser entsprechend den Bestimmungen der Artikel 55 und 56 des Bürgerlichen Gesetzbuches dem Standesamt gemeldet werden.

Die mit der Bestattung betraute Person befindet ohne Verzögerung mit der Gemeindeverwaltung um deren Modalitäten. Bei Unterlassung setzt die Gemeindeverwaltung von Amts wegen die Bestattungsmodalitäten fest.

Artikel 9. Aus Gründen der öffentlichen Hygiene und Sicherheit oder falls der Tod durch eine ansteckende Krankheit verursacht wurde, kann der Bürgermeister die Bestattungserlaubnis vor Ablauf der Frist von 24 Stunden aushändigen.

Artikel 10. Bei Ausstellung der Bestattungserlaubnis vereinbart der Standesbeamte mit den Betroffenen und den Gemeindebediensteten die für die Bestattung des Leichnams erforderlichen Maßnahmen.

Kein Grab, gleich welcher Art, darf ohne vorherige Bestattungserlaubnis des Standesamts ausgehoben oder geöffnet werden.

Artikel 11. Wenn für die Gemeindefriedhöfe Anlagepläne bestehen, werden die sterblichen Überreste wie folgt bestattet:

- in Reihengräbern (d.h. Einzelgräbern): wenn besondere Viertel vorgesehen sind, in diesen Vierteln und in der Reihenfolge der Bestattungen,
- in Grabstätten (d.h. Doppel-, Dreier- oder Vierergrab): wenn besondere Viertel vorgesehen sind, in diesen Vierteln und in der Reihenfolge der Bestattungen,
- in der Nische eines Kolumbariums, in der Reihenfolge der Bestattungen,
- in einem Urnengrab, in der Reihenfolge der Bestattungen,
- Auf einer Streuweise.

Artikel 12. Einäscherungen werden durch den Standesbeamten nur unter Berücksichtigung der durch das Dekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 14.02.2011 vorgeschriebenen Modalitäten genehmigt.

Die Einäscherungsgenehmigung kann frühestens 24 Stunden nach Einreichung des Antrags auf Einäscherung erteilt werden.

Der Bürgermeister kann diese Frist angesichts außergewöhnlicher Umstände durch eine besondere Verfügung verkürzen.

Artikel 13. Die mit der Bestattung betraute Person hat die Einsargung möglichst bald nach der ärztlichen Feststellung des Todes zu veranlassen.

Es werden alle Maßnahmen ausgeführt, die im Interesse der öffentlichen Hygiene und Gesundheit erforderlich sind.

Kapitel III: Beförderung der sterblichen Überreste

Artikel 14. Die gemäß Artikel 18 des Dekrets vom 14.02.2011 in einen Sarg gelegten sterblichen Überreste werden würdevoll in einem Leichenwagen oder in einem speziell für diesen Zweck ausgerüsteten Fahrzeug befördert. Die Beförderung darf erst erfolgen, nachdem der Arzt, der den Tod festgestellt hat, bescheinigt, dass eine natürliche Todesursache vorliegt und keine Gefahr für die Volksgesundheit besteht.

Die Beförderung von Urnen erfolgt würdevoll und mit Respekt vor den Toten.

Artikel 15. Es darf kein Leichentransport durchgeführt werden ohne eine vom Standesamt ausgestellte Transport- bzw. Überführungsgenehmigung.

Dies gilt auch für den Transport eines Leichnams außerhalb der Gemeinde.

Die Aufbewahrung oder die Überführung der sterblichen Überreste einer Person, welche außerhalb des Gemeindegebietes verstorben oder tot aufgefunden wurde, ist nur mittels der vom befugten Standesamt ausgestellten Transport- bzw. Überführungsgenehmigung gestattet.

Artikel 16. Ohne besondere Genehmigung des Bürgermeisters darf in einem Leichenwagen nicht mehr als ein Leichnam zur gleichen Zeit transportiert werden.

Artikel 17. Der Leichenwagen hat immer in mäßigem Tempo zu fahren, auch dann, wenn er einen Transport zur Leichenhalle ausführt.

Unter Berücksichtigung der Verkehrsbestimmungen muss der Trauerzug der kürzesten (zum Friedhof oder zur Kirche führenden) Wegstrecke folgen. Der Fahrer des Leichenwagens achtet darauf, dass der Trauerzug ständig die äußerste rechte Straßenseite benutzt.

Der Transport des Leichnams von der Leichenhalle zum Friedhof darf nur für die Durchführung von religiösen oder philosophischen Zeremonien unterbrochen werden.

Artikel 18. Die Beisetzungsfeierlichkeiten innerhalb des Friedhofs finden im Mittelgang bzw. in oder an der Leichenhalle statt. Gemeindebedienstete bringen den Sarg anschließend zur Grabstelle, wo die Beisetzung in Abwesenheit Dritter unverzüglich ausgeführt wird.

Kapitel IV: Bestattungen

ABSCHNITT I: Reihengräber und Grabstätten

Artikel 19. Bestattungen erfolgen grundsätzlich vormittags.

Die Bestattung eines Sarges erfolgt in einem Reihengrab (Einzelgrab) oder einer Grabstätte (Doppel-, Dreier- oder Vierergrab).

Die Bestattung erfolgt, entsprechend den Bestimmungen des Dekretes der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 14.02.2011, waagrecht in mindestens 120 cm Tiefe.

Der Bürgermeister kann jedoch, wenn er dies für erforderlich hält und namentlich bei Epidemien, eine tiefere Ausgrabung vorschreiben.

Artikel 20. Für Reihengräber beträgt die Ruhefrist 40 Jahre ab dem Datum der Bestattung.

Für Grabstätten läuft die Ruhefrist von 40 Jahren ab dem Datum der letzten Bestattung.

Die Bestattung in einem bestehenden Grab oder Urnengrab verlängert nicht die Ruhefrist des bestehenden Grabes, es sei denn es liegt eine Konzession vor. Liegt eine Konzession vor, beginnt die Ruhefrist erst am Tag der Bestattung des letzten Konzessionsinhabers.

Artikel 21.

Bei Anlegung einer neuen Grabreihe gelten ab Inkrafttreten der vorliegenden Friedhofsverordnung auf allen Gemeindefriedhöfen folgende Maße:

Reihengrab :

Länge : 220 cm

Breite : 80 cm

Doppelgrabstätte :

Länge : 220 cm

Breite : 220 cm

Dreiergrabstätten :

Länge : 220 cm

Breite : 310 cm

Vierergrabstätten :

Länge : 220 cm

Breite : 420 cm

Zwischen den Grabstätten ist möglichst ein Abstand von 50 cm einzuhalten.

Artikel 22. Die Einsetzung einer Urne erfolgt in Beachtung der Bestimmungen des Dekretes der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 14.02.2011

- in ein Reihengrab oder in eine Grabstätte in mindestens 80 cm Tiefe;
 - in einem eigens hierfür auf dem Friedhof vorgesehenen Urnengrab in wenigstens 80 cm Tiefe.
- Dabei ist es erlaubt, eine oder mehrere (mit einem Maximum von 4) Urnen
- in einem neuen Reihengrab zu beerdigen;
 - zusammen mit einem Sarg in einem neuen Reihengrab zu beerdigen;
 - in einem bestehenden Reihengrab oder einer bestehenden Grabstätte zu beerdigen.

Die Ruhefrist des bestehenden Reihengrabes, bzw. der bestehenden Grabstätte wird durch die Einsetzung einer oder mehrerer Urnen nicht verlängert.

In Reihengräbern bzw. Grabstätten deren Ruhefrist bereits abgelaufen ist, darf keine Urne mehr eingesetzt werden.

Bei Erdbestattungen sollten die Urnen biologisch abbaubar sein.

Artikel 23. Das Gelände wird dem Erwerber in dem Zustand übergeben, in welchem es sich befindet.

Die Gemeindebediensteten legen an Ort und Stelle die Fluchtlinie der Grabstellen fest.

Nach Ausführung der vorgeschriebenen Arbeiten vergewissern sich die Gemeindebediensteten davon, dass das in Anspruch genommene Gelände nicht über die vorgegebenen Maße hinausgeht.

Artikel 24. Die Aushebung der Gräber erfolgt durch die Gemeindebediensteten.

Der Inhaber der Grabstelle hat vorher auf seine Kosten und Gefahren evtl. bestehende die Grabeinfassungen, Grababdeckungen, Anpflanzungen sowie sonstige Anlagen, die die Aushebung des Grabes behindern, zu entfernen.

Unmittelbar nach der Bestattung wird das Grab durch die Gemeindedienste aufgefüllt und in Ordnung gebracht.

Damit ist aber immer zu warten, bis die Angehörigen den Friedhof verlassen haben.

Artikel 25. Denkmäler oder andere Gedenksteine bzw. -kreuze sind folgenden Normen unterworfen:

Fundamente: max. 40 cm tief, max. 20 cm breit. Die Fundamente dürfen nicht über das Niveau der Gehwege hinausragen

Umrandungen: Höhe über den Gehwegen: max. 15 cm, Breite: max. 12 cm

Denkmäler: max. Höhe ab dem Boden: 110 cm

Materialien: diese müssen dem jeweiligen Stil des Friedhofes angepasst sein.

Artikel 26. Das Anpflanzen von hochstämmigen Bäumen ist nicht gestattet.

Das Anpflanzen von Rosenstöcken, Saisonpflanzen und kleinen Strauchgewächsen bis zu 80 cm Gesamthöhe ist gestattet.

Anpflanzungen müssen so erfolgen, dass sie keinesfalls über die Grabstelle hinausreichen.

ABSCHNITT II: Kolumbarien (Urnenwand)

Artikel 27. Kolumbarien bestehen aus abgeschlossen Urnennischen deren Abmessungen durch die Gemeinde festgelegt werden.

Artikel 28. Jede Urnennische kann maximal 4 Urnen enthalten.

Die Urnennischen werden für die Dauer von 40 Jahren überlassen. Diese Frist beginnt ab dem Zeitpunkt der letzten Einsetzung einer Urne.

Nach Ablauf der Ruhefrist wird der Inhalt der Urne auf der Streuwiese des Friedhofes verstreut.

Artikel 29. Unmittelbar nach Einsetzung der Urne wird die Nische durch Gemeindebedienstete oder das Bestattungsunternehmen mittels einer steinernen Tafel verschlossen.

Artikel 30. Zur Verschließung der Urnennischen eines Kolumbariums dürfen nur die von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Steintafeln verwendet werden.

Bei Beantragung der Urnennische wird die Steintafel dem Antragsteller in Rechnung gestellt, womit sie Eigentum desselben wird.

Artikel 31. Spätestens nach 3 Monaten muss die Tafel zu Lasten des Antragstellers mit dem Namen sowie Geburts- und dem Sterbedatum der eingäscherten Person deren Urne eingesetzt wurde, versehen werden.

Dies geschieht ausschließlich durch Gravur. Es dürfen keine Messingschilder verwendet werden.

Das Anbringen eines Fotos und eines Blumenhalters ist erlaubt. Diese müssen witterungsbeständig sein und dürfen keinesfalls die anderen Tafeln verschmutzen oder beschädigen.

Artikel 32. In Anbetracht, dass das Aufstellen von Pflanzen, Blumenschmuck, Kerzen, Lampen usw. vor dem Kolumbarium den Zugang erschweren und zu Komplikationen mit anderen Berechtigten führen kann, ist es untersagt, im Bereich des Kolumbariums solche Gegenstände abzustellen.

ABSCHNITT III: Streuwiesen

Artikel 33. Die Verstreuerung der Asche erfolgt durch einen Gemeindebediensteten oder den Bestatter mittels eines speziellen Streugerätes.

Artikel 34. Jede Streuwiese wird seitens der Gemeinde mit einem Gedenkstein versehen, an dem die für die Bestattung betraute Person eine Plakette mit dem Namen des Verstorbenen anbringen lassen kann. Diese Plakette wird durch die Gemeinde angefordert und ist zu Lasten des Antragstellers.

Artikel 35. In Anbetracht, dass das Aufstellen von Pflanzen, Blumenschmuck, Kerzen, Lampen usw. auf der Streuwiese den Zugang erschweren und zu Komplikationen mit anderen Berechtigten führen kann, ist es untersagt, im Bereich der Streuwiese solche Gegenstände abzustellen.

ABSCHNITT IV: Urnengräber

Artikel 36. Die Ruhefrist eines Urnengrabes beträgt 40 Jahre und sie erneuert sich mit der Beisetzung jeder weiteren Urne, insoweit bei der Erstbenutzung eine Konzession beantragt worden ist.

Artikel 37. Die Beisetzung der Urne und die Schließung des Urnengrabes erfolgt durch die Gemeindebediensteten oder das Bestattungsunternehmen.

Artikel 38. Bis zum Erlöschen der Konzession sind die Urnengräber einschließlich der Grabmale und Grabzeichen einwandfrei zu unterhalten.

Artikel 39. Denkmäler, Kreuze, Blumenvasen, Kerzen und andere Anpflanzungen dürfen die Höhe von 50 cm (vom Boden) nicht übersteigen und nicht über die Ränder des Urnengrabes hinausragen.

Artikel 40. In der Gemeinde Büllingen kann die Asche eines Verstorbenen an einem anderen Ort als dem Friedhof verstreut, beerdigt oder aufbewahrt werden, jedoch nicht auf öffentlichem Eigentum und auch nur mit dem schriftlichen Einverständnis des Grundstückinhabers.

ABSCHNITT V: Reservierung der Grabstellen (Konzessionen)

Artikel 41. Das Gemeindegremium kann auf Antrag hin eine Konzession für eine Urnenbestattung in einem Reihengrab, eine Grabstätte, eine Nische im Kolumbarium oder eine Urnengrabstätte erteilen. Die Konzession wird zu den in gegenwärtiger Friedhofsverordnung festgelegten Bedingungen erteilt.

Die Konzessionsinhaber erwerben Gebrauchs- und Nutzungsrechte. Sämtliche Grabstellen bleiben Eigentum der Gemeinde.

Artikel 42. Eine Konzession (zugeteilte Grabstelle) ist nicht abtretbar.

Artikel 43. Jede Konzession für eine Urnenbestattung in einem Reihengrab, einer Grabstätte, einer Nische im Kolumbarium oder einer Urnengrabstätte muss bis spätestens 4 Wochen nach der Ausführung der Anmeldeformalitäten eines Todesfalls beim Standesamt beantragt werden.

Artikel 44. Die zu entrichtende Konzessionsgebühr entspricht der zum Zeitpunkt der Überlassung der Konzession geltenden Gebührenverordnung. Die Zustellung der Rechnung betreffend die Konzessionsgebühr gilt als Genehmigung und die Gebühr ist dem Regionaleinnehmer/Finanzdirektor zu entrichten.

Artikel 45. In Grabstellen können lediglich folgende sterbliche Überreste beigesetzt werden: Des Konzessionsinhabers, seines Ehepartners, seiner Verwandten und Verschwägerten bis zum 4. Grad, des gesetzlich zusammenlebenden Partners, der Mitglieder einer oder mehrerer Religionsgemeinschaften, der Personen, welche, jede einzeln, bei der zuständigen Gemeindeverwaltung den Wunsch geäußert haben, in einer gemeinsamen Grabstelle beigesetzt zu werden.

Artikel 46. Durch ihre Anfrage verpflichten sich die Antragsteller, nicht nur die Bestimmungen der gegenwärtigen Ordnung, sondern auch alle weiteren eventuellen späteren Änderungen derselben zu beachten.

Artikel 47. Bei Aufhebung eines Friedhofes kann der Konzessionsinhaber keine Schadensforderungen stellen. Er hat lediglich das Recht, kostenlos eine Grabstelle gleich großen Ausmaßes zu erhalten.

Dieses Recht ist nur dann gegeben, wenn ein diesbezüglicher Antrag von gleich wem eingereicht wird. Dieser Antrag muss vor Ablauf der Einstellung der Bestattungen in dem aufgehobenen Friedhof gestellt werden.

Die Umbettung der sterblichen Überreste erfolgt zu Lasten der Gemeinde.

Die Neugestaltung der Grabstelle muss vom Antragsteller getragen werden.

Artikel 48. Wenn die Person, für die eine Konzession erworben wurde, auf dem Friedhof einer anderen Gemeinde beigesetzt wird, gehen die Anrechte an der Grabstelle in der Gemeinde Büllingen von Rechts wegen verloren. Auch hier wird seitens der Gemeinde keine Entschädigung ausgezahlt.

Artikel 49. Auf Antrag des Konzessionsinhabers kann eine noch gültige Grabstelle von der Gemeinde wieder eingenommen werden, wenn diese Grabstelle nicht gebraucht wurde oder ihren Zweck durch Umbettung der sterblichen Überreste verliert.

In diesem Falle kann die Gemeinde für die Rückzahlung der im Verhältnis der noch gültigen Dauer gezahlten Gebühr angehalten werden.

Artikel 50. Es werden keine Verlängerungen für Konzessionen gewährt. Bestehende Grabstätten können, wenn die Ruhefrist von 40 Jahren (ab Datum der letzten Bestattung) verstrichen ist, nicht wiederverwendet werden.

Kapitel V: Leichenhallen

ABSCHNITT I: Bestimmung der Leichenhallen

Artikel 51. Die Leichenhallen in den Ortschaften Büllingen und Manderfeld sind Eigentum der Gemeinde. Für die Leichenhallen in Mürringen und Roherath wird ein Nutzungsrecht durch die Gemeinde ausgeübt.

Ihre Benutzung unterliegt der entsprechenden Gebührenverordnung.

Allen Bewohnern der Ortschaften Eimerscheid und Andlermühle steht das Recht zu, die Leichenhalle in Schönberg zu den gleichen Bedingungen wie die Einwohner der Gemeinde St. Vith zu nutzen.

Artikel 52. Die Leichenhallen dürfen verwendet werden für:

- die Aufbewahrung der sterblichen Überreste der Personen, die auf dem Gebiet der Gemeinde verstorben sind und am Wohnort oder an dem Ort, an dem sie aufgefunden wurden, nicht aufgebahrt werden können;
- die Aufnahme von sterblichen Überresten unbekannter Personen zwecks Identifizierung;
- die sterblichen Überreste, deren Aufbahrung in der Leichenhalle von der Familie des Verstorbenen gewünscht wird;
- die sterblichen Überreste, deren Aufbewahrung in der Leichenhalle aus Gründen der öffentlichen Hygiene notwendig ist;
- die Aufbewahrung der Leichname, die aufgrund einer Gerichtsentscheidung für die Durchführung von Obduktionen bestimmt sind;
- die Durchführung von Obduktionen, die durch den Bürgermeister in Zusammenhang mit einer Zivilklage genehmigt worden sind. In diesem Falle sind die Kosten der Benutzung der Leichenhalle und die eventuellen zusätzlichen Kosten durch die Familie oder die interessierten Personen zu tragen;
- die Aufnahme der Leichname, über deren Beisetzung die Gemeinde entscheiden muss, da die Leichname ohne Bestattungserlaubnis zum Friedhof gebracht worden sind oder irgendein anderer durch die Gemeinde zu beurteilender Grund vorliegt.

Die Leichenhallen können zur Durchführung von Trauerfeiern genutzt werden.

ABSCHNITT II: Überführung zur Leichenhalle

Artikel 53. Die Überführung eines Leichnams zur Leichenhalle in dem unter Artikel 52 b, vorgesehenen Fall, ist der Genehmigung des Bürgermeisters unterworfen. Diese Genehmigung wird erst nach Erstellung der Sterbeurkunde durch den Standesbeamten ausgestellt, unbeschadet der Artikel 55 und 56 des Zivilgesetzbuches.

Artikel 54. Für den unter Artikel 52 d) erwähnten Fall, ist die Überführung des Leichnams zur Leichenhalle Pflicht.

Artikel 55. Abgesehen von den durch die Gemeinde zu beurteilenden Sonderfällen, können die Leichname nur nach erfolgter Einsargung oder Einäscherung zur Leichenhalle überführt werden.

Artikel 56. Bei Epidemien und immer dann, wenn die öffentliche Gesundheit dies erfordert, kann der Bürgermeister die Überführung des Leichnams zur Leichenhalle verordnen.

Er verfügt, im Einvernehmen mit der Gesundheitsinspektion, über alle sonstigen zweckmäßigen Maßnahmen.

Die Überführung des Leichnams erfolgt in diesen Fällen unverzüglich nachdem der Tod ordnungsgemäß festgestellt worden ist.

In keinem Falle kann die Beisetzung erfolgen, bevor die erforderliche Bestattungserlaubnis durch den Standesbeamten ausgestellt worden ist.

Artikel 57. Falls eine Person, die keine Verwandten hat oder deren Verwandte nicht bekannt sind, in ihrer Wohnung verstirbt, wird der Leichnam nach erfolgter ordnungsgemäßer Feststellung des Todes zur Leichenhalle überführt.

ABSCHNITT III: Benutzung der Leichenhalle

Artikel 58. Der Zugang und die Benutzung der Leichenhallen ist nur den Personen gestattet, die von der Aufbahrung eines Toten unmittelbar betroffen oder damit beauftragt sind.

Zu diesem Zweck wird den Bestattungsinstituten, die regelmäßig in der Gemeinde Büllingen tätig sind, ein Schlüssel der in Artikel 51 erwähnten Leichenhallen ausgehändigt.

Sollten andere Bestattungsinstitute mit der Aufbahrung beauftragt werden, so können sie einen Schlüssel während der Öffnungszeiten in der Gemeindeverwaltung abholen.

In jedem Fall ist der jeweilige Besitzer des Schlüssels für diesen verantwortlich. Außerdem muss jede Person, die zeitweilig einen Schlüssel hat, diesen sofort nach der Benutzung wieder bei der Gemeindeverwaltung abgeben.

Artikel 59. Jede Benutzung der Leichenhallen muss vor der Aufbahrung bzw. danach durch den Bestatter bzw. die Angehörigen der Gemeindeverwaltung gemeldet werden.

Artikel 60. In den Leichenhallen und in der Nähe dieser, ist die Ruhe und Würde des Ortes zu wahren.

Artikel 61. Die Gemeinde übernimmt keine Haftung und Verantwortung für sämtliche Gegenstände und Utensilien, die für die Erledigung der Bestattungsformalitäten in den gemeindeeigenen Leichenhallen benötigt oder abgestellt werden.

Wenn Institute oder Personen, die für die Regelung der Bestattung zuständig sind, irgendwelche Mängel, Beschädigungen oder andere Unregelmäßigkeiten an und in den Leichenhallen feststellen, sind sie verpflichtet, diese ohne Verzug der Gemeinde zu melden.

Kapitel VI: Exhumierungen

Artikel 62. Exhumierungen dürfen nur mit schriftlicher Genehmigung des Bürgermeisters durchgeführt werden.

Exhumierungsanträge sind schriftlich an den Bürgermeister zu richten. Sie müssen durch den nächsten Anverwandten des Verstorbenen oder durch eine ordnungsgemäß beauftragte Person unterzeichnet sein.

Exhumierungen können durch die Antragsteller selbst oder durch ein durch die Antragsteller beauftragtes und für diese Arbeiten anerkanntes Unternehmen durchgeführt werden.

Gemeindebedienstete stehen für diese Arbeiten nicht zur Verfügung.

Artikel 63. Die Exhumierungen haben grundsätzlich in den frühen Morgenstunden und immer nur in Anwesenheit der befugten Person sowie der Gemeindebediensteten zu erfolgen.

Der Standesbeamte hat über die Exhumierungen ein Protokoll aufzunehmen.

Für die Dauer der Exhumierungen bleibt der Friedhof für andere Besucher geschlossen.

Artikel 64. Die Bestimmungen der beiden vorangegangenen Artikel sind nicht anwendbar auf die Exhumierungen, die durch die Gerichtsbehörde angeordnet werden.

Artikel 65. Bei der Durchführung der Exhumierungen werden gemäß den Anordnungen des Bürgermeisters alle im Interesse der Hygiene erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen getroffen.

Falls die zu exhumierende Person infolge einer ansteckenden Krankheit, einer Seuche oder Infektionskrankheit verstorben ist, verweigert der Bürgermeister die Genehmigung oder ordnet besondere Maßnahmen an.

Artikel 66. Erfolgt die Exhumierung im Hinblick auf die Überführung der sterblichen Überreste zu einem anderen Friedhof, so erlässt der Bürgermeister eine besondere Überführungs- und Bestattungserlaubnis.

Die mit der Bestattung betraute Person muss den schriftlichen Nachweis beibringen, dass auf dem betreffenden Friedhof ein Beisetzungsrecht besteht.

Die Überführung der sterblichen Überreste erfolgt entsprechend den Bestimmungen bezüglich der Leichentransporte.

Artikel 67. Die Exhumierung der in einem Reihengrab beigesetzten sterblichen Überreste zwecks Beisetzung in einer Grabstelle ist vorbehaltlich der Zahlung der vorgesehenen Gebühr und der Einhaltung der für die öffentliche Gesundheit erforderlichen Maßnahmen gestattet.

Artikel 68. Die Exhumierungskosten und alle anderen anfallenden Kosten hat der Antragsteller zu tragen.

Artikel 69. Der Standesbeamte trägt alle durchgeführten Exhumierungen in das bestehende Friedhofsregister ein.

Kapitel VII: Aufhebung von Reihengräbern und/oder Grabstätten

Artikel 70. Die individuelle Aufhebung von Grabstätten kann auf schriftlichen Antrag der Interessehabenden auch vor Ablauf der Ruhefrist von 40 Jahren angefragt und durch das Gemeindegremium genehmigt werden.

Falls die Interessesehabenden oder Angehörigen eine Grabstelle selbst entfernen möchten, werden diese gebeten, die Gemeinde davon in Kenntnis zu setzen.

Artikel 71. Außer bei schriftlichen Anfragen erfolgt die Aufhebung der Reihengräber oder Grabstätten nicht Grab für Grab, sondern flurweise nach Ablauf der vorgesehenen Ruhefristen, gerechnet ab dem Datum der letzten Beisetzung in der betreffenden Flur.

Wenn bei Ablauf der besagten Ruhefrist kein zwingender Handlungsbedarf seitens der Gemeinde besteht, kann die Grabreihe bis auf Widerruf beibehalten werden.

Artikel 72. Die vorgesehene Aufhebung einer Grabreihe wird den Interessesehabenden 4 Monate im Voraus mittels Bekanntmachung am Eingangstor des Friedhofs mitgeteilt.

Artikel 73. Während der vorerwähnten Frist von 4 Monaten können die Interessesehabenden, die Erben oder Rechtsnachfolger, vorbehaltlich der Rechte Dritter, die Grabsteine und Grabzeichen sowie andere auf den Gräbern niedergelegten Gegenstände entfernen.

Falls sie dies nicht in der vorgeschriebenen Frist tun, kann die Gemeinde von Amts wegen die Anpflanzungen, Grabsteine und Grabzeichen entfernen.

Die Gemeinde übernimmt keine Verantwortung für die abgeräumten Materialien. Sie ist nicht verpflichtet, für die Erhaltung derselben zu sorgen. Die abgeräumten Materialien werden vielmehr Eigentum der Gemeinde.

Kapitel VIII: Ordnungsvorschriften

ABSCHNITT I: Allgemeine Ordnungsvorschriften

Artikel 74. Der Zutritt zum Friedhof ist untersagt für

- Kinder unter 12 Jahren ohne Begleitung,
- Waffenträger (ausgenommen bei militärischen Zeremonien),
- alkoholisierte Personen,
- Hunde und andere Tiere, ausgenommen Blindenhunde.

Das Hausieren, die Ausstellung, der Verkauf oder das Anbieten von Waren oder gleich welchen Gegenständen ist auf den Friedhöfen verboten.

Artikel 75. Mit Ausnahme der Leichenwagen, den Nutzfahrzeugen der Gemeindebediensteten oder der Steinmetzbetriebe dürfen keine Fahrzeuge in den Friedhof einfahren.

Es dürfen nur die von den Gemeindebediensteten angegebenen Wege mit mäßiger Geschwindigkeit befahren werden.

Artikel 76. Die Besucher haben sich ruhig und der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten.

Es ist verboten:

- die Mauern und äußeren Einfriedigungen des Friedhofes sowie Einzäunungen von Grabstellen zu erklettern und zu übersteigen;
- die Grabmäler, Gedenksteine, Einfriedigungen, Einzäunungen oder andere Gegenstände, welche zur Ausschmückung der Gräber dienen, zu beschädigen oder auf die Gräber oder Grabsteine zu schreiben;
- die Blumenbeete, Rasen oder sonstigen gärtnerischen Anlagen sowie die Gräber zu betreten oder sich auf denselben niederzulassen;
- auf den Grabkreuzen, Denkmälern und Einzäunungen Kleidungsstücke oder Werkzeuge abzulegen;
- Kinder unbeaufsichtigt herumlaufen zu lassen;
- Abfälle abzulagern, Papier oder irgendwelche andere Gegenstände anderswohin als in eigens hierfür bestimmte Container zu werfen;
- zu spielen, zu lärmern, Radios usw. zu benutzen und zu rauchen;
- Anschläge, Karten, Reklameschriften oder sonstige Schriftstücke innerhalb des Friedhofes, am Eingangstor oder an den Friedhofsmauern anzubringen, am Friedhofseingang oder diese innerhalb des Friedhofes zu verteilen;

Verstöße gegen diese Bestimmungen werden durch den Gemeindebediensteten festgestellt und dem Standesbeamten gemeldet.

Artikel 77. Die Eltern, Lehrer und Arbeitgeber sind entsprechend den Bestimmungen des Zivilgesetzbuches für die Handlungen ihrer Kinder, ihrer Schüler und ihrer Arbeiter verantwortlich.

Artikel 78. Alle an Anpflanzungen, Wegen oder Gräbern verursachten Schäden werden unmittelbar nach Feststellung durch die Gemeindebediensteten gemeldet.

Artikel 79. Unbeschadet des Beurteilungsrechtes der Gerichte wird festgelegt, dass die Gemeinde nicht für Diebstähle verantwortlich ist, durch die Interessenhabeende des Verstorbenen geschädigt werden können.

Jede Person, die unter dem Verdacht steht, ohne ordnungsgemäße Genehmigung Grabgegenstände, Materialien oder Werkzeuge mitzunehmen, wird polizeilich belangt.

Artikel 80. Die Gemeinde haftet grundsätzlich nicht für die Schäden, die an den Grabstellen durch das Wurzelwerk der Bäume, die sich längs der Wegeanlagen befinden, verursacht werden können.

ABSCHNITT II: Ordnungsvorschriften bzgl. der Herrichtung und Pflege der Grabstellen

Artikel 81. Die Gestaltung der Oberfläche einer Grabstelle steht dem Nutzungsberechtigten oder dessen Rechtsnachfolger frei insofern sie nicht gegen die Ehre und Würde des Verstorbenen verstoßen.

Artikel 82. Bis zur Aufhebung der Grabstellen sind diese einschließlich der Grabmale und Grabzeichen, der Einfriedigungen, der Gewölbe und gärtnerischen Anlagen einwandfrei zu unterhalten.

Diese Verpflichtung geht jeder Antragsteller ab dem Tag des Erwerbes der Konzession ein.

ABSCHNITT III: Grabmäler und Grabzeichen

Artikel 83. Keine Inschrift oder Aufschrift darf gegen das Moral- oder Anstandsgefühl verstoßen oder das Andenken des Verstorbenen verletzen.

Artikel 84. Firmenbezeichnungen auf den Grabmälern und anderen Grabzeichen dürfen nur in unauffälliger Weise angebracht werden.

Artikel 85. Der Unterhalt der Gräber ist auf den Gemeindefriedhöfen zu Lasten der Angehörigen.

Die Vernachlässigung des Grabes wird durch den Bürgermeister oder seinen Stellvertreter in einer Urkunde festgestellt und eine entsprechende Bekanntmachung wird während der Dauer eines Jahres am Friedhofseingang angebracht. *(gemäß Art. 12 des Dekrets über Bestattungen und Grabstätten vom 14.02.2011)*

Grabzeichen, Grabmäler, Grabsteine, Kreuze usw., welche drohen zusammenzustürzen oder die beschädigt sind, müssen durch die Interessenhabenden instandgesetzt oder entfernt werden.

Nach einer ohne Folge belassenen Vernachlässigung oder falls die interessierten Personen nicht zu ermitteln sind, wird auf Anordnung des Bürgermeisters von Amts wegen der Abbruch vorgenommen.

Die Materialien werden in diesem Fall Eigentum der Gemeinde.

Artikel 86. An jedem Reihengrab/an jeder Grabstätte muss innerhalb von 6 Monaten, gerechnet ab dem Tag der Bestattung bzw. des Erwerbs der Konzession, eine Einfassung angebracht werden

Artikel 87. Steine, Materialien oder sonstige Gegenstände, die für die Errichtung von Grabmälern, Grabzeichen, Einfassungen benötigt werden, dürfen nicht innerhalb des Friedhofes gelagert werden.

Die Materialien dürfen nur unter Berücksichtigung der jeweiligen Bedürfnisse angeliefert werden; sie sind zeitweilig in der Nähe der Baustelle, an der durch die Friedhofsverwaltung bezeichneten Stelle zu lagern.

Beton, Zement und Mörtel müssen auf Platten, in Fässern oder anderen hierzu geeigneten Gefäßen angeliefert und aufbewahrt werden.

Von Ausschachtungen herrührende Erde muss auf Platten gelagert werden und möglichst bald außerhalb des Friedhofs gebracht werden. In letzterem Fall überzeugt sich die Friedhofsverwaltung davon, dass die Erde keine sterblichen Überreste enthält.

Artikel 88. Der Zugang zu den, im Hinblick auf die Anlage einer Grabstelle vorgenommenen Ausschachtung, muss durch die Grabinhaber oder die beauftragten Unternehmer sichtbar versperrt und abgesichert werden.

Artikel 89. Die Familien und Unternehmer sind für alle Unfälle, die ihrer Nachlässigkeit oder Unvorsichtigkeit zuzuschreiben sind, verantwortlich.

ABSCHNITT IV: Strafbestimmungen

Artikel 90. Übertretungen werden mit einfachen Polizeistrafen geahndet, insofern das Gesetz und die allgemeinen Verordnungen keine anderen Strafen vorsehen.

ABSCHNITT V: Schlussbestimmungen

Artikel 91. Vorstehende Verordnung wird aufgrund von Artikel 72 des Gemeindedekretes vom 23.04.2018 veröffentlicht.

Artikel 92. Eine Abschrift gegenwärtiger Verordnung wird an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, an den Herrn Staatsanwalt beim Gericht Erster Instanz in Eupen, an das Polizeigericht Eupen, an den Zonenchef der Polizeizone Eifel sowie an den Leiter der Polizeidienststelle BÜLLINGEN gerichtet.

FINANZEN

Punkt 11. HILFELEISTUNGSZONE DG: Finanzielle Beteiligung der Gemeinde BÜLLINGEN für die Jahre 2019 und 2020 an der Einrichtung einer provinziellen Einsatzleitstelle (deutschsprachige Disponenten) (D.K.Nr. 857.21)

DER RAT;

Aufgrund des Gesetzes vom 15.05.2007 über die zivile Sicherheit, insbesondere Artikel 68, welcher die verpflichtende Festlegung der jährlichen Dotationen an die Hilfeleistungszonen vorschreibt;

Aufgrund von Artikel 35 des Gemeindedekretes vom 23.04.2018;

Nach Durchsicht des Schreibens vom 07.05.2018 der Hilfeleistungszone DG über die Einrichtung einer provinziellen Einsatzleitstelle zur Optimierung der Organisation und der Funktionsweise der Hilfeleistungszonen;

In Erwägung, dass die Provinz LÜTTICH die Zone DG mit einem jährlichen Betrag von 360.000,00 € unterstützt, der den 9 deutschsprachigen Gemeinden seit dem Wirtschaftsjahr 2016 über die Dotation der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausbezahlt wird;

In Erwägung, dass die Gemeinde BÜLLINGEN über die Gemeindedotation der Deutschsprachigen Gemeinschaft folgende Beträge für die Einrichtung einer provinziellen Einsatzleitstelle erhält:

Wirtschaftsjahr 2019 – 32.874,27 €;

Wirtschaftsjahr 2020 – 33.651,15 €;

In Erwägung, dass die deutschsprachigen Gemeinden daher ihren Anteil an der Einrichtung einer provinziellen Einsatzleitstelle und speziell für die Bezahlung der deutschsprachigen Disponenten zu 36/41 an die Zone DG weiterleiten;

Aufgrund des Dekrets vom 20.12.2004 zur Regelung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets, Artikel 8;

BESCHLIESST einstimmig:

Artikel 1. Der Hilfeleistungszone DG die anteilmäßigen Beträge der Dotation der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Einrichtung einer provinziellen Einsatzleitstelle und speziell für die Bezahlung der deutschsprachigen Disponenten wie folgt zukommen zu lassen:

Für das Wirtschaftsjahr 2019: 28.865,21 €;

Für das Wirtschaftsjahr 2020: 29.547,35 €;

Artikel 2. Vorstehender Beschluss wird sowohl der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft als auch dem Provinzgouverneur zwecks Billigung sowie der Zone DG informationshalber zugestellt.

Punkt 12. HILFELEISTUNGSZONE DG: Festlegung der Dotation der Gemeinde BÜLLINGEN für das Haushaltsjahr 2020 (D.K.Nr. 485.12:857)

DER RAT;

Aufgrund des Gesetzes vom 15.05.2007 über die zivile Sicherheit, insbesondere Artikel 68, welcher die verpflichtende Festlegung der jährlichen Dotationen an die Hilfeleistungszonen vorschreibt;

Aufgrund der Artikel 35 und 173 § 1 Punkt 3 des Gemeindedekretes der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 23.04.2018;

Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 29.10.2014 über die Festlegung eines Verteilerschlüssels für die Gemeindedotationen an die Hilfeleistungszone LÜTTICH Nr. 6, der für die Gemeinde BÜLLINGEN 8,92 % beträgt;

Aufgrund des Beschlusses des Zonenrates der Zone DG vom 16.10.2019 über die Festlegung der Gemeindedotationen für das Jahr 2020;

Aufgrund des Dekrets vom 20.12.2004 zur Regelung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets, Artikel 8;

Aufgrund des günstigen Gutachtens des Regionaleinnehmers vom 13.12.2019;

BESCHLIESST einstimmig:

Artikel 1. Die Dotation der Gemeinde BÜLLINGEN an die Hilfeleistungszone DG für das Wirtschaftsjahr 2020 wird auf 194.506,40 € festgelegt;

Artikel 2. Vorstehender Beschluss wird sowohl der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft als auch dem Provinzgouverneur zwecks Billigung sowie der Zone DG informationshalber zugestellt.

Punkt 13. POLIZEIZONE EIFEL: Festlegung der Dotation der Gemeinde BÜLLINGEN für das Haushaltsjahr 2020 (D.K.Nr. 485.12:172.84)

DER RAT;

Aufgrund des 3. Absatzes des Artikels 40, Abschnitt 4 - Personal und Haushaltsplan – und des Artikels 71 des Gesetzes vom 07.12.1998 zur Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 15.01.2003, der die besonderen Berechnungs- und Verteilungsregeln der Gemeindedotationen innerhalb einer Polizeizone bestimmt;

Aufgrund des Ministeriellen Rundschreibens PLP59 (SPF Intérieur) vom 14.11.2019 über die Richtlinien zur Erstellung der Haushalte der Polizeizonen für das Jahr 2020;

Aufgrund der Artikel 35 und 173 § 1 Punkt 3 des Gemeindedekretes vom 23.04.2018;

Aufgrund des Dekrets vom 20.12.2004 zur Regelung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets, Artikel 8;

Nach Durchsicht des Schreibens der Polizeizone EIFEL vom 22.11.2018 über die Festlegung der Gemeindedotationen für das Jahr 2020, die sich auf insgesamt 1.265.046,00 € beläuft, wovon die Gemeinde BÜLLINGEN laut Verteilerschlüssel 17,418 %, d.h. 220.346,00 € übernimmt;

Aufgrund des günstigen Gutachtens des Regionaleinnehmers vom 13.12.2019;

BESCHLIESST einstimmig:

Artikel 1. Die Dotation der Gemeinde BÜLLINGEN an die Polizeizone EIFEL für das Wirtschaftsjahr 2020 wird auf 220.346,00 € festgelegt;

Artikel 2. Vorstehender Beschluss wird sowohl der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft als auch dem Provinzgouverneur zwecks Billigung sowie der Polizeizone EIFEL informationshalber zugestellt.

Punkt 14. Haushaltsplan 2020 des ÖSHZ BÜLLINGEN: Billigung (D.K.Nr. 475.1:185.2)

DER RAT;

Aufgrund des Artikels 88 § 1 des Grundlagengesetzes vom 08.07.1976 über die Sozialhilfezentren;

Aufgrund des Artikels 35 des Gemeindedekretes vom 23.04.2018;

Nach Durchsicht des Beschlusses vom 11.12.2019 des Sozialhilferates BÜLLINGEN über die Verabschiedung des Haushaltsplans des ÖSHZ für das Wirtschaftsjahr 2020;

Aufgrund des günstigen Gutachtens des Regionaleinnehmers vom 13.12.2019;

In der Erwägung, dass zu diesem Beschluss eine vorausgegangene Konzertierung am 02.12.2019 mit dem Gemeindegremium stattgefunden hat;

BESCHLIESST einstimmig, den Beschluss des ÖSHZ BÜLLINGEN vom 11.12.2019 über die Verabschiedung des Haushaltsplans 2020 des ÖSHZ BÜLLINGEN **zu billigen**, welcher wie folgt abschließt:

Zusammenfassung des ordentlichen Dienstes:

Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Gemeindezuschuss
817.822,54 €	817.822,54 €	0,00 €	284.886,39 €

Zusammenfassung des außerordentlichen Dienstes:

Einnahmen	Ausgaben	Überschuss	Gemeindezuschuss
48.714,85 €	10.000,00 €	38.714,85 €	0,00 €

und diese Unterlagen dem zuständigen Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft informationshalber zuzustellen.

Punkt 15. Haushaltsplan 2020 der Gemeinde BÜLLINGEN: Verabschiedung (D.K.Nr. 472.1)**DER RAT;**

Aufgrund der Artikel 7 ff. des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 05.07.2007 zur Einführung der allgemeinen Gemeindebuchführungsordnung;

Aufgrund der Artikel 28, 30 §2, 169 bis 174 des Gemeindekretes vom 23.04.2018;

Aufgrund des Rundschreibens vom 30.09.2019 des Ministerpräsidenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Erstellung der Haushaltsdokumente der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets;

Aufgrund des Dekrets vom 20.12.2004 zur Regelung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets, insbesondere Artikel 8 und 12 1°;

Aufgrund der Konzertierung des Direktionsrates vom 03.12.2019 und der Haushaltskommission vom 12.12.2019;

Aufgrund des positiven Gutachtens des Regionaleinnehmers vom 04.12.2019 gemäß Artikel 102 § 4 des Gemeindekretes vom 23.04.2018;

In Erwägung, dass den Ratsmitgliedern der Vorschlag des Gemeindehaushaltsplanes über den effektiv abgestimmt wird am 09.12.2019 ausgehändigt wurde;

Aufgrund des günstigen Gutachtens des Regionaleinnehmers vom 13.12.2019;

Auf Vorschlag des Kollegiums;

Nach Anhörung der Darlegungen der Ratsmitglieder Alexander MIESEN und Reinhold ADAMS;

BESCHLIESST einstimmig:

Artikel 1. Der Gemeindehaushaltsplan für das Wirtschaftsjahr 2020, der wie folgt abschließt, wird gutgeheißen:

a) Ordentlicher Haushalt:

Einnahmen:	8.789.318,30
Ausgaben:	8.778.970,11
Überschuss:	10.348,19

b) Außerordentlicher Haushalt:

Einnahmen:	3.769.367,68
Ausgaben:	3.769.367,68
Überschuss:	0,00

Artikel 2. Der Haushaltsplan wird gemäß Artikel 170 des Gemeindedekretes vom 23.04.2018 veröffentlicht;

Artikel 3. Vorstehenden Beschluss mit dem dazugehörigen Haushaltsplan für das Jahr 2020 sowie den Anlagen, welche im Rundschreiben vom 30.09.2019 des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Erstellung des Haushaltsplans der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets für das Jahr 2020 angeführt sind, der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gemäß Artikel 12 1° des Dekretes vom 20.12.2004 zur Regelung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets zur Billigung zu unterbreiten.